

Zeitschrift:	Geschichte und Informatik = Histoire et informatique
Herausgeber:	Verein Geschichte und Informatik
Band:	12 (2001)
Rubrik:	Roundtable II : Internet und Geschichte : Konsequenzen für Bildungs- und Forschungspolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Roundtable II: Internet und Geschichte – Konsequenzen für Bildungs- und Forschungspolitik

Peter Haber, Jan Hodel

These 1

Das Internet stellt bisherige Hierarchien des Wissenschaftsbetriebes in Lehre, Forschung und Publikationswesen radikal in Frage.

These 2

Das Internet verlangt von zukünftigen Kulturwissenschaftlerinnen und Kulturwissenschaftern eine Medienkompetenz, deren Vermittlung in den heutigen Curricula nicht vorgesehen ist.

These 3

Die Förderung von Neuen Medien im Hochschulunterricht orientiert sich heute sehr stark an den Bedürfnissen der Naturwissenschaften, der Medizin und der technischen Disziplinen.

These 4

Das Internet erfordert neue, sowohl Disziplinen als auch Institutionen übergreifende Formen der Zusammenarbeit.

Diskussionsbeitrag

Gudrun Bachmann

Neue Lerntechnologien an der Universität Basel

Am 1. Januar 1996 wurde die Universität Basel aus der Kantonalen Verwaltung gelöst und erhielt das Recht auf Selbstverwaltung. Der autonom verwaltete Betriebsaufwand beträgt derzeit 445 Mio. sFr pro Jahr (inkl. klinische Medizin) bei momentan ca. 8000 Studierenden und ca. 1000 Dozierenden. Im Zusammenhang mit der Selbstverwaltung wurde vom Universitätsrat ein strategischer Plan erarbeitet, der unter anderem die Modernisierung und Qualitätssicherung der Lehre vorsieht. Für die Umsetzung des strategischen Plans wurde im Rektorat das Ressort Lehre aufgebaut, eine Dienstleistungseinrichtung, die mit Learning and Teaching Centers amerikanischer Universitäten vergleichbar ist.

Die Fachstelle Neue Lerntechnologien im Ressort Lehre

Die Universität Basel hat mit der Einführung der Fachstelle Neue Lerntechnologien im Ressort Lehre die Förderung des Einsatzes neuer Medien und Technologien wegen der strategischen Bedeutung des Themas zur Chefsache gemacht. Die Fachstelle Neue Lerntechnologien arbeitet im Ressort Lehre mit den für die Modernisierung der Lehre wichtigen Bereichen der Curriculaentwicklung, der Hochschuldidaktik und der Evaluation zusammen. Die Aufgaben der Fachstelle umfassen:

- die Bereitstellung von Informationen zu den Neuen Lerntechnologien
- das Angebot von Schulungen für Dozierende mit dem Schwerpunkt auf Didaktik und die Integration der Kurse in das Schulungsprogramm der Hochschuldidaktik
- die Beratung und Begleitung von Projekten in didaktisch konzeptionellen Fragen
- die Vernetzung und der Transfer zwischen Projekten und Institutionen
- die Gewährung von Planungs- und Entscheidungshilfen bei gesamtuniversitären Fragen
- der Aufbau von Kontakten und Kooperationen mit Hochschulen und Wirtschaft.

Die strategische Planung an der Universität Basel und der Aufbau eines Zentrums für Neue Lerntechnologien (LearnTechNet)

An der Universität Basel sollen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht nur eingesetzt werden, um das Lehrangebot unabhängig von Ort und Zeit zugänglich zu machen, sondern in erster Linie um die Qualität des Präsenzunterrichtes zu verbessern. Die Zukunft des Hochschulunterrichtes an der Universität Basel liegt im hybriden Unterrichtsmodell, zusammengesetzt aus bewährten Elementen des Präsenzunterrichtes und den Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien. Dabei wird das computergestützte Lernen und Lehren weder ein «Add On» zum herkömmlichen Unterricht, noch ein vollständiger Ersatz im Sinne einer Virtualisierung. Hier liegt die Herausforderung im didaktischen Aufbau – die Technologie wird zum Werkzeug. Es werden neue Unterrichts- und Lernformen entstehen, die sich auf die Gestaltung der gesamten Curricula auswirken werden.

Um für den an Bedeutung gewinnenden und ständig wachsenden Bereich der Neuen Lerntechnologien eine kohärente Strategie zu entwickeln, wurden in einer gesamtuniversitär abgestützten Arbeitsgruppe sämtliche Aufgabenbereiche und Bedürfnisse sowie die damit verbundenen universitären Strukturen analysiert. Auf dieser Basis wurden eine kohärente Strategie und Schwerpunkte für die Universität aufgebaut. Der Konzeption liegt zudem eine umfassende Analyse der entsprechenden Strukturen an anderen Hochschulen, insbesondere führender amerikanischer Universitäten, zugrunde.

Ausgehend von dieser breit abgestützten Strategie soll an der Universität Basel sukzessive ein Virtuelles Zentrum für Neue Lerntechnologien (LearnTechNet) aufgebaut werden. Dieses umfasst Teilbereiche bereits bestehender Institutionen wie Rechenzentrum, Universitätsbibliothek, Videostudio, Fachstelle Neue Lerntechnologien und medizinisches Lernzentrum und soll durch zusätzlich zu schaffende Komponenten, wie einem New Media Center für die Entwicklung multi- und telemedialer Lernumgebungen, einem Lernzentrum im Bereich Fremdsprachen für Studierende aller Fachrichtungen, der Stärkung des Bereiches Didaktik/Evaluation an der Fachstelle Neue Lerntechnologien und einem Lernlabor für die Entwicklung neuer Lehr- und Lernformen, ergänzt werden. Das LearnTechNet soll die Institute und Projekte bei der Konzeption und Implementierung internetgestützter Lehr- und Lernformen unterstützen, den universitätsinternen (zwischen Institutionen und Projekten) und universitätsexternen

Wissenstransfer (zwischen Hochschule und Wirtschaft) fördern und sämtliche Aktivitäten koordinieren.

Das LearnTechNet wird nicht nur in den einzelnen Teilbereichen der Neuen Lerntechnologien – Informations- und Kommunikationstechnologie, Multimedia, Telemedia, Lernen und Lehren – Unterstützung bieten, sondern soll auch übergreifende Aufgaben wie die Gestaltung eines Nachdiplomstudiengangs und der Organisation fachübergreifender Tagungen zu dieser Thematik übernehmen. Nach aussen wird sich das LearnTechNet über ein gemeinsames Internetportal präsentieren und von einem gemeinsamen Kooperationsgremium mit Vertretern aus allen beteiligten Komponenten koordiniert, das im Rektorat beratende Funktionen in Planung und Strategie hat. Ziel ist es, die Neuen Lerntechnologien in den gesamtuniversitären Modernisierungsprozess zu integrieren, indem die Neuen Lerntechnologien im Zusammenhang mit den sonstigen Modernisierungsmassnahmen stehen und nicht als isolierte Thematik gehandhabt werden.

Diskussionsbeitrag

Thomas Hildbrand

Medienkompetenz als Bestandteil geschichtswissenschaftlicher Studiengänge

These: Die geschichtswissenschaftlichen Studiengänge sind im Zuge der anstehenden Studienreformen auch um Elemente der Medienkompetenz, orientiert an den wissenschaftlichen Fachanforderungen, zu ergänzen.

Die Bildungspolitik im allgemeinen und die Hochschulleitungen (Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten CRUS) im besondern haben für die nächsten Planungsjahre einen Schwerpunkt «Hochschullehre» definiert und die Reform von Studiengängen ins Blickfeld gerückt.¹ Mit der Unterzeichnung der Bologna Deklaration im Jahr 1999 ist europaweit eine Studienreformdiskussion ausgelöst worden, an der sich mit dem genannten Entwicklungsschwerpunkt auch die Schweiz beteiligt. Mit Blick auf die Curriculum-Entwicklung ist in diesem Zusammenhang vor allem die Öffnung des Hochschulplatzes Schweiz gegenüber Europa sowohl in struktureller als auch in inhaltlicher Hinsicht relevant.

Die Reformdiskussion ist für die Etablierung neuer Studieninhalte eine grosse Chance. Für die Gestaltung von (geschichtswissenschaftlichen) Studiengängen ist das Spannungsfeld Lehre-Forschung-akademische Tätigkeitsfelder zu berücksichtigen. Curricula müssen – ausgehend von den zu vermittelnden Kompetenzen – so gestaltet sein, dass sie den angehenden Akademikerinnen und Akademikern eine wissenschaftlich fundierte Bildung vermitteln, die sich an den Anforderungen von Forschung und akademischen Tätigkeitsfeldern in- und ausserhalb des Universitätsbereichs orientieren.

Die heutigen Curricula der Schweizer Universitäten räumen dem Thema Medienkompetenz – soweit aufgrund der Studienpläne feststellbar – wenig Platz ein.² Ausnahmen sind in den Bereichen Recherche-Technik unter Verwendung von digitalen Medien zu finden. Solche Lehrgebote haben

1 Informationen zu diesen bildungspolitischen Zielsetzungen unter <<http://www.crus.ch>>.

2 Hildbrand, Thomas/ Jermann, Jennifer J./Tremp, Peter: *Curricula an Schweizer Hochschulen. Ein Beitrag zur Diskussion um die Einführung von Bachelor und Master. Eine Vergleichsanalyse von 24 Studiengängen aus 6 Fachbereichen (Biologie, Englische Sprache und Literatur, Informatik, Rechtswissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften).* Hg. vom Schweizerischen Wissenschaftsrat, Arbeitsdokument HP-DT 6/2000. Bern, Juni 2000.

jedoch meist den Status von Wahlveranstaltungen, oder das Thema ist Bestandteil einer umfassenderen allgemeinen Einführung in das historische Arbeiten.

Bevor einige Aspekte des Zusammenhangs zwischen Internet bzw. Medienkompetenz und Strukturfragen geschichtswissenschaftlicher Studiengänge angesprochen werden, ist vorauszuschicken, dass die fundamentalen Veränderungen im Medienbereich nach Ansicht des Autors in der Geschichtswissenschaft keinen Paradigmenwechsel auslösen (dürften). Da Archivierung, Erschließungs- und Recherche-Techniken, Analysemethoden und Darstellungsfragen in ihren wesentlichen Charakteristiken medienunabhängig sind, werden die für die historische Arbeit relevanten Techniken und Methoden durch den Einsatz von digitalen Medien nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern lediglich um einige Elemente erweitert.

Der Umgang mit Forschungsinstrumenten, die auf digitaler Technologie basieren, erfordert aber eine angemessene Reflexion über deren Grenzen und Möglichkeiten sowie eine systematische Einführung in deren Anwendung. Angesichts dieser Situation sind die Fachrichtungen aufgefordert, die Vermittlung entsprechender (Medien-)Kompetenzen in die Studiengänge zu integrieren. Dabei bleibt es den einzelnen Fachbereichen und Universitäten überlassen, in welchem Umfang und mit welcher speziellen Schwerpunktsetzung sie diese Anforderung umsetzen. Dennoch sind einige allgemeine Aspekte zu berücksichtigen:

Die Medienkompetenz, die in geschichtswissenschaftliche Studiengänge integriert wird, sollte sich in erster Linie an den wissenschaftlichen Erfordernissen des Faches orientieren, d. h. es gibt keine Medienkompetenz unabhängig von Inhalten und Fragestellungen.

Die neuen Anforderungen verstärken den Zielkonflikt jeder Studienreform, die darin liegt, dass immer mehr Kompetenzen zu vermitteln sind, die Gesamtstudiendauer jedoch nicht verlängert werden darf. Damit stellt sich die Frage, ob die Vermittlung von Medienkompetenz nicht bereits eine Aufgabe der Gymnasien ist. Die als Königsweg zum Geschichtsstudium fungierende gymnasiale Maturität kann jedoch nicht einseitig auf die Anforderungen eines Hochschulstudiums ausgerichtet werden, da nur rund die Hälfte aller Personen mit Matura überhaupt ein Studium aufnimmt. Die Medienkompetenzen, die auf der Sekundarstufe II vermittelt werden können, bleiben daher weitgehend auf die Bildungsziele dieser Bildungsstufe hin ausgelegt.

Auch sollte nicht übersehen werden, dass Medienkompetenz stark generationenspezifisch ist und – vereinfacht gesagt – jüngere Altersgruppen eine höhere bzw. andere Medienkompetenz aufweisen als ältere und Studierende eine andere als Dozierende.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass der universitäre Weiterbildungsbereich mit entsprechenden Angeboten zur (geschichtswissenschaftlichen) Medienkompetenz gut auf veränderte Tätigkeitsprofile und Arbeitsinstrumente reagieren könnte. Mit Nachdiplomstudienangeboten oder auch mit einzelnen Studienmodulen lassen sich bereits kurz- und mittelfristig Weiterbildungsmöglichkeiten beispielsweise zum Thema «Geschichte und Internet» realisieren.

Insgesamt bestehet angesichts der Studienreformen der nächsten Jahre die berechtigte Hoffnung, dass in naher Zukunft auch die digitalen Medien in angemessener Art und Weise in den geschichtswissenschaftlichen Curricula berücksichtigt werden. Diese Studieninhalte stehen dabei in Konkurrenz zu anderen ebenfalls zentralen Bildungszielen universitärer Studiengänge, wie etwa Sprachkenntnissen, Ausdrucksfähigkeit, Präsentationstechnik oder Projektmanagement und vor allem Fachwissen. Umso entscheidender dürfte es sein, der Medienkompetenz in diesem gesamten Set von Fachkompetenz und Softskill-Fähigkeiten den ihr gebührenden Platz zuzuweisen.

Diskussionsbeitrag

Markus Zürcher

Die forschungspolitischen Massnahmen, die sich mit Blick auf den verstärkten Einsatz der neuen Medien und des Internet im Besonderen in den Geschichtswissenschaften aufdrängen, lassen sich im Wesentlichen aus zwei Merkmalen ableiten, welche die Netzkommunikation von bisherigen Kommunikationsmitteln abheben und abgrenzen:

1. die Möglichkeit zur Verknüpfung von Text, Bild und Ton (Multimedialität)
2. ein geringer Grad an Organisation auf Seiten der Informationsanbieter.

Werden Technik oder Inhalte die Zukunft des Internets bestimmen, war eine der Kernfragen, welche am Weltwirtschaftsforum 2001 in Davos debattiert wurde. Spätestens der Zusammenschluss von America Online und Time Warner liess die Kostbarkeit des Inhalts erkennen, gewannen doch traditionelle Medienaktien im Zuge dieser Fusion markant an Wert. Als sachkundige Verwalter des kulturellen Erbes sind Historiker und Historikerinnen in der Lage, einen nahezu unerschöpflichen Reichtum an Inhalten für die Netzkommunikation verfügbar zu machen. Die neuen Technologien erlauben es zum ersten Mal, Geschichte einer breiten Öffentlichkeit in attraktiver Weise näher zu bringen. Die Werkzeuge sind gegeben, Geschichte darzustellen, wie sie sich abgespielt hat: farbig, bewegt und mit Ton. Ob dieses immense Potenzial effektiv genutzt werden kann, hängt von der zukünftigen Ausgestaltung des Urheberrechtes ab. Von Urheberrechtsgesellschaften erhobene prohibitive Tarife und der systematische Aufkauf der Nutzungsrechte an Bild-, Ton- und Textmaterial durch Grossunternehmen schränken eine nicht kommerziell orientierte Aufbereitung entsprechender Materialien durch Wissenschaft und Forschung zuhanden einer breiten Öffentlichkeit zunehmend ein. Die unter dem Druck der Rechte-Inhaber erzwungene Verschärfung des Urheberrechtes hat fatale Auswirkungen auf das kulturelle Erbe, das kulturelle Gedächtnis, Wissenschaft und Forschung: Es besteht die Gefahr, dass nur jener Bruchteil des kulturellen Erbes digital aufbereitet wird, der sich auch kommerziell nutzen lässt, der grösste Teil des kulturellen Bestandes hingegen nicht dem heutigen Stand der Technik entsprechend bearbeitet wird und damit riskiert, aus dem kulturellen Gedächtnis getilgt zu werden. Die dank den neuen Werkzeugen gegebene Möglichkeit, das kulturelle Erbe zu valorisieren, lässt sich nicht wahrnehmen oder bloss zu Kosten, welche weder die Öffentlichkeit

noch Private zu decken bereit sind. Die für Wissenschaft und Forschung fundamentale Regel und Praxis, dass Wissen frei zugänglich ist und Information rasch zirkulieren soll, wird in Frage gestellt. Es besteht die Gefahr, dass die populärsten Teile des kulturellen Erbes, die bis heute allen gehörten, Teil des «public domain» waren, privatisiert werden. Wir sehen uns also mit der paradox anmutenden Situation konfrontiert, dass Technologien, welche die Aufbereitung und Verbreitung von Information massiv erleichtern, aus sehr durchsichtigen Gründen eine Reaktion hervorrufen, welche den Informationsfluss und den Wissensaustausch zum Erliegen bringen könnten: Datenbanken, die bisher gratis konsultiert werden konnten, werden kostenpflichtig, in Forschung und Wissenschaft vielfach verwendete Texte dürfen nicht mehr reproduziert werden. Die Forschungs- und Kulturpolitik ist hier und jetzt aufgerufen, mit Kraft und Entschlossenheit die Interessen wie die Rechte der Öffentlichkeit am Wissens- und Kulturbestand gegen die Interessen von einzelnen Rechtsbesitzern zu verteidigen. Was an Wissen und Kultur vorhanden ist, ist mehrheitlich Resultat einer kollektiven Anstrengung und ist mehrheitlich kollektiv finanziert. Dies begründet das fundamentale Recht der Öffentlichkeit auf einen freien Zugang zur materiellen und immateriellen Kultur. Für Wissenschaft und Forschung ist der freie Informationsfluss die zentrale Voraussetzung ihrer Existenz in ihrer heutigen Form.

Der geringere Organisationsgrad der Informationsanbieter ist unter zwei Aspekten von Relevanz. Dank dem Internet kann erstens im Prinzip jeder als Informationsanbieter auftreten. Wer welche Inhalte öffentlich verbreitet, liegt nicht mehr – oder weit weniger – im Ermessen von Verlegern, Herausgebern, Redaktionskommissionen und Förderungsinstitutionen. Es stellt sich daher ein ernsthaft zu diskutierendes und rasch anzugehendes Qualitätssicherungsproblem. Es bleibt Sache der «peers» dafür zu sorgen, dass qualitativ minderwertige Beiträge auch im elektronischen Raum als solche gekennzeichnet werden und qualitativ gute Beiträge die ihnen gebührende Aufmerksamkeit erhalten. Dies kann nicht Aufgabe der Forschungspolitik sein. Hingegen kann die Forschungspolitik dafür sorgen, dass Institutionen, die diese wichtige Aufgabe übernehmen können, nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Geschwächt werden diese, wenn die elektronische Publikation gegen die Printpublikation ausgespielt wird, weil es wissenschaftliche Verlage und Zeitschriften sind, welche heute die Qualitätssicherung wahrnehmen. Die Forschungspolitik hat alles Interesse, dass diese bewährten Instanzen die Funktion der Qualitätssicherung auch im elektronischen Raum weiterhin wahrnehmen. Ferner ist es an der Wissenschafts-

gemeinschaft, durch den Aufbau von Plattformen, durch kommentierte Linklisten und durch regelmässige Newsletter elektronische Publikationen zu kommentieren und zu bewerten. Dafür kann die Forschungspolitik Mittel bereitstellen.

Zweitens ist die Information im elektronischen Raum weniger organisiert und strukturiert. Eine Datenbank ist kein Lexikon, weil mit Ausnahme ihrer Betreiber niemand weiss, wie umfangreich diese ist und nach welchen Kriterien ihre Inhalte selektioniert wurden. Ebenso fehlt eine vorgegebene Klassifikation und Reihenfolge ihrer Inhalte. Die Suche, Selektion und Klassifikation von Inhalten hat der Benutzer in eigener Regie wahrzunehmen. Hier sind Mechanismen zu entwickeln, welche den Benutzer nachhaltig unterstützen. Dafür benötigen wir die Kernkompetenz des Historikers, seine Fähigkeit, Informationen auszuwählen, zu ordnen, zu verorten, zu prüfen und schliesslich zu bewerten.